Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Rheinland-Pfalz
Die Bildungsgewerkschaft

Neubrunnenstr. 8
55116 Mainz
Tel.: 06131 28988-0
Fax: 06131 28988-80
gew@gew-rlp.de
www.gew-rlp.de

Presseinformation

GEW zum Antikriegstag: Friedenserziehung an den Schulen stärken

Anlässlich des Antikriegstages am 1. September sowie zahlreicher aktueller bewaffneter Konflikte weltweit fordert die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz, Friedenserziehung an den Schulen deutlich zu stärken. Wichtig sei dabei nicht nur, Unterrichtsmaterialien zur Friedenserziehung vorzuhalten und weiter zu entwickeln, sondern einen Beitrag zur Werte- und zur Friedenserziehung zu leisten und den Schülerinnen und Schülern den konstruktiven Umgang mit Konflikten nahe zu bringen.

Landesvorsitzender Klaus-Peter Hammer: „Es gibt an unseren Schulen zu dieser Thematik bereits hervorragende Projekte wie die Streitschlichter-AGs, in denen Schülerinnen und Schüler lernen, wie sie Konflikte zwischen Mitschülerinnen und Schülern selbst lösen können. Planspiele zur Friedensbildung, wie sie z.B. durch das Netzwerk Friedensbildung Rheinland-Pfalz zur Durchführung an den Schulen angeboten werden, sind geeignete Beispiele zur Friedenserziehung. Solche Ansätze müssen weiter ausgebaut und unterstützt werden."

Insgesamt brauche das Thema Friedenserziehung einen festen Platz in den Curricula und bei der Ausbildung von Lehrkräften. Darüber hinaus fordert die GEW, dass Werbemaßnahmen der Bundeswehr bei Minderjährigen künftig unterbleiben und schon gar nicht an Schulen stattfinden sollen. Die vom Land mit der Bundeswehr abgeschlossene Kooperationsvereinbarung müsse überdacht werden. Hammer: „Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren." Die GEW betont: Lehrkräfte entscheiden souverän, ob sie in ihrem Unterricht externen Sachverstand hinzuziehen wollen oder nicht, denn Lehrerinnen und Lehrer sind Fachleute für das Lernen, ihre Kernaufgabe ist die gezielte und nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gestaltete Planung, Organisation und Reflexion von Lehr- und Lernprozessen sowie ihre individuelle Bewertung und systemische Evaluation. Sie erziehen ihre Schülerinnen und Schüler zu demokratischem Handeln, Kritikfähigkeit, Gewaltfreiheit und Toleranz und beteiligen sie an allen wichtigen Entscheidungen der inhaltlichen und methodischen Gestaltung des Lernens. Hierfür bedürfe es keines Kooperationsabkommens mit der Bundeswehr.

Mainz, 1. September 2014